



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Belgien. Die belgischen Wahlen vom 20. November bieten einen äußeren Anlaß, die inneren Probleme des Landes zu erörtern. Die Kammerwahlen brachten den Katholiken 81 (Gewinn gegen 1919: 8 Sitze), den Sozialisten 66 (Verlust 4), den Liberalen 33 (Verlust 1), der Frontpartei 4 (weder Gewinn noch Verlust), den Christlichen Demokraten 1 (Verlust 1), den Kriegsteilnehmern 1 (Verlust 1) Sitz. Da der Wahlkampf sich hauptsächlich um die von den Sozialisten geforderte sechsmonatige Dienstzeit gedreht hat, und die Wahlen von 1918 ein starkes Anwachsen der Sozialisten, eine Niederlage der Katholiken und starke Verluste der Liberalen ergeben hatten, sieht es nach diesen Wahlen aus, als hätten die Sozialisten die Wahlschlacht verloren. Das Verhältnis verschiebt sich jedoch sofort, wenn man das Ergebnis der Senatswahlen betrachtet. Hier haben erhalten die Katholiken 72, die Liberalen 28, die Sozialisten 54 Sitze. Immerhin muß auch dies Ergebnis sehr vorsichtig bewertet werden, denn in erster Linie ist dieser Erfolg der Sozialisten zurückzuführen auf die gegen 1919 durch die Verfassungsreform eingetretene Änderung des passiven Wahlrechts. Ähnlich wie 1919 durch die Einführung des wirklichen allgemeinen und gleichen Wahlrechts die Sozialisten ihren starken Einfluß in der Kammer gewannen (die Kammer von 1914 zählte 99 Katholiken, 45 Liberale, 40 Sozialisten) hat ihnen auch im Senat die Änderung des Wahlmodus einen latent bereits vorhandenen Zuwachs gebracht, von dem erst die nächsten Zahlen zeigen werden, in welchem Maße er als Dauererfolg anzusprechen ist.

Wie ein einfaches Rechenexempel ergibt, haben auf Grund der jetzigen Wahlen die Katholiken, die vor dem Kriege lange Jahrzehnte die Geschichte des Landes als nahezu unbeschränkte Herrscher lenken konnten, die Mehrheit nicht nur in der Kammer, sondern auch im Senat verloren. Ferner ergibt sich, daß eine Koalitionsregierung zweier Parteien gegen die dritte auf die Dauer gleichfalls praktisch unmöglich ist. Es bleibt sonach übrig nur ein Konzentrationskabinett aus allen drei Parteien, also eine Beibehaltung des bisherigen Zustandes. Nun aber haben gerade die Vorgänge vor den Wahlen gezeigt, daß auch dieser unhaltbar ist. Es darf nur an die Kabinettskrise im Oktober erinnert werden. Im Anschluß nämlich an einen in La Luviere gehaltenen Vortrag des Sozialdemokraten Sassenbach über den gegenwärtigen Stand der sozialistischen Bewegung in Deutschland kam es zwischen Patrioten und Sozialisten zu einem Tumult, bei dem eine belgische Tricolore zerbrochen wurde. Daraufhin veranstalteten die Patrioten eine Sühnemanifestation, die von den Sozialisten natürlich mit einer Gegenmanifestation antimilitaristischen Charakters beantwortet wurde. Bei dieser nun wurde unter anderm vom Verein ehemaliger sozialistischer Kriegsteilnehmer ein Banner geweiht, auf welchem die Figur eines belgisch uniformierten Soldaten, der ein Gewehr zerbricht, den Pazifismus darstellen sollte. Da an dieser Feier auch der sozialistische Minister Aufsele teilgenommen hatte, ergriff der liberale Behrminister Devezé, der seit Monaten vergeblich gegen die Mehrheit der Kammer für die anderthalbjährige Dienstzeit kämpfte, diese Gelegenheit, um seine Demission einzureichen. Daraufhin traten auch, um für den Wahlkampf frei zu sein, die vier sozialistischen Minister Vandervelde, Ansele, Wauters und Destrée aus. Die Gegensätze innerhalb der Regierung waren also so groß, daß sie in allen wichtigen Fragen aktionsunfähig war. Jeder entscheidende Beschluß mußte zum Austritt einer Partei, zur Verstärkung der Opposition, aber auch zur Verstärkung der nun ohne Vermittlung aneinanderprallenden Gegensätze beider in der Regierung verbleibenden Parteien führen. Man mußte sich daher von Kompromiß zu Kompromiß weiter schleppen, was um so schwieriger war, als die brennendsten Fragen sich gerade nicht zu Kompromissen eigneten und allen Parteien daran gelegen sein mußte, die intransigenten Wähler durch Ablehnung aller Kompromisse bei ihrer Sprache zu halten. Man kann nicht sagen, und die Schwierigkeit der Kabinettsbildung beweist dies, daß die Lage sich durch die Wahlen irgendwie verbessert hätte.

Kompliziert wird die Stellungnahme der Parteien zu einander durch die Flamenfrage, die das ganze Land in zwei Lager zu spalten, aber auch die Parteien selbst zu zerlegen droht. Wenigstens lassen sich bei den Katholiken bereits deutlich zwei Flügel unterscheiden: der rechte unter Woeste, der in erster Linie klerikal und konservativ und der linke, der ebenso entschieden klerikal, aber eben deswegen in erster Linie flämisch und wiederum diesetwegen demokratisch ist. Die Sozialisten wiederum sind ihrer Mentalität nach wohl vorzugsweise, wie auch die Liberalen, französisch orientiert, haben jedoch, um den Klerikalen die Wählerstimmen zu entziehen, die Flamenfrage als Borspann benutzen müssen, was um so leichter ging, als gerade die Masse der entschiedenen Flamen nicht gerade mit Glücksgütern gesegnet sind. Es stehen also gegeneinander Bürgerliche gegen Sozialisten; Wallonen, bürgerliche sowohl wie sozialistische wie der Hauptteil der liberalen, gegen Flamen, klerikale und sozialistische; Nationalisten und Imperialisten, im wesentlichen französisch orientierte, gegen Sozialisten, flämische wie wallonische, und Gemäßigte, klerikale und flämische; Klerikale und Freidenker. Aus all diesen Gegensätzen ergibt sich wie man sieht, ein sehr labiles Kaleidoskop. Die Flamen hoffen jetzt, das Stadregiment von Antwerpen, wo Franz von Cauwelaert durch den Ministerpräsidenten Carton de Wiart zum Bürgermeister bestätigt werden mußte, weil sonst der klerikale Minister Van de Wijvere aus der Regierung ausgetreten wäre, und Kamiel Huysmans erster Schöffe ist, auf das ganze Land ausdehnen zu können. Bei den Sozialisten ist nach den Wahlen Vandervelde zunächst für ein Bündnis der wallonischen Sozialisten mit den Christlich-Sozialen von der Färbung Cauwelaert eingetreten. Der Sozialist Destree aber hat sich dagegen ausgesprochen. Auf ihrem Parteitag haben dann aber die Sozialisten die Teilnahme an der Regierung strikte abgelehnt und folgendes Minimumprogramm aufgestellt: Verallgemeinerung der sozialen Versicherungen (wozu 250 Millionen erforderlich sind), neue Gesetzgebung für die Bergwerke im Kempenlande, Arbeiterkontrolle über die Produktion, sechsmonatige Dienstzeit. Wir werden nicht in die Regierung eintreten, soll Vandervelde gesagt haben, um sie desto sicherer stürzen zu können. Die Liberalen aber haben folgende Bedingungen gestellt: Ausreichende nationale Verteidigung, das Portefeuille für Künste und Wissenschaften, Sparsamkeit und Gesundung der Finanzen. Ein Programm also, das weder Sozialisten, noch, wegen der Sprachenfrage, Klerikale annehmen können. Die Klerikalen allein endlich können keine Regierung bilden, weil sie, wie gesagt, in Kammer wie Senat in der Minderheit sind. Daß auch ein Geschäftsministerium harte Tage haben muß, braucht nach all dem nicht weiter ausgeführt zu werden und es ist schwer abzusehen, wie das Land aus dieser verworrenen Lage herauskommen will. Theoretisch ließe sich denken, daß man den Wahlmodus wieder zuungunsten der Minderheiten abändert und die daraus entstehenden Ungeleglichkeiten den faktischen Ergebnissen zuliebe als Naturgegebenheiten der Politik hinnimmt. Aber es leuchtet ein, daß ein solcher Ausweg bei dem gegenwärtig in Europa grassierenden Fanatismus für theoretische Gerechtigkeit, der überall zu einem geradezu kabbalistischen und weltfremden Spielen mit Wählerstimmenzahlen geführt hat, eben nur denkbar ist. Es sieht wirklich so aus, als ob das Abendland noch tiefer in eine unheilvolle Anarchie sinken müßte, ehe es die Energie aufbringt, sich vor den großen Notwendigkeiten des Lebens zu beugen, die überall, wie in der Natur selbst, Ungerechtigkeiten sein müssen und wohl durch elementare praktische Menschlichkeit von Individuum zu Individuum aber durch keine Theorie, die an Stelle geistiger Werte Zahlen setzt, ausgeglichen werden können.

Eine ganz ähnliche Verworrenheit hat ein stark theoretisierendes und die Minderheiten praktisch über Gebühr begünstigendes Wahlgesetz in Italien gezeitigt. Hinzugekommen ist hier infolge des für Italien trotz allem ungünstigen außenpolitischen Ergebnisses des Krieges der Gegensatz zwischen Faschisten und Sozialisten, der deutlich und warnend zeigt, wie zerlegend und die Staatsgewalt als solche erschütternd, nationale Forderungen wirken können, die nicht wirklich in einer überwältigenden Mehrheit der Nation verwurzelt sind. Gerade dies macht

die Lage Europas so hoffnungslos, daß in allen Ländern die Internationalisten aus dem Gegensatz der auch in den Siegerländern bestehenden Nachkriegsschwierigkeiten zu den von den Nationalisten erregten Hoffnungen ihre Berechtigung zur Bekämpfung des Nationalismus herleiten zu können glauben, während gerade dieser Widerstand wiederum und die Tatsache selbst die Nationalisten zu weiterem Ausharren und zu wilden Schmähungen gegen die Internationalisten aufstacheln, daß aber jeder Erfolg der Nationalisten eines Landes die Internationalisten der anderen Länder, gegen die der Erfolg errungen wurde, schwächt, jeder Mißerfolg der Nationalisten jedoch nicht nur die Gegenwirkung der Internationalisten verstärkt, sondern auch die Nationalisten der anderen Länder ermutigt, was wiederum die Stellung der Internationalisten des Ausgangslandes schwächt. Es gibt aus dieser Lage nur die Rettung aus der Einsicht in die gemeinsame Not, aber wie soll eine Einsicht über ganz Europa kommen, wenn sie nicht einmal in den einzelnen Ländern zu erreichen ist? Seit Kriegsende stürzt in Italien ein Kabinett nach dem anderen, auch Giolitti hat die Zauberformel für die Einigung des Landes nicht finden können und trotz aller schönen Programme hat bisher jede siegreiche Opposition in die Wege ihrer Vorgänger einlenken müssen. Die großen Tatsachen lassen sich eben durch bloßes Regieren nicht aus der Welt schaffen. Auch das Kabinett Bononis hätte die Wiedereröffnung der Kammer nicht lange überlebt, wenn sich Orlando, Nitti und Giolitti, die als Nachfolger in Betracht kamen und zum Teil ausdrücklich kandidiert hatten, untereinander hätten einigen können. Ein Kabinett aber, das nur durch die Uneinigkeit der Opposition lebt, kann naturgemäß nicht viel nützlich zustande bringen. Als zukunftsreichste Partei müssen in diesem Chaos die Meritalen angesehen werden, auf deren letztem Parteitag zwar der rechte, evolutionistische Flügel gesiegt hat, denen es aber mit einer Evolution wirklich ernst ist. Ihre Bedeutung geht über die einer neuen Parteiorganisation weit hinaus und liegt weniger in Programmen und Formeln als in der wirklichen Einsicht der einzelnen Mitglieder in die Notwendigkeiten, nicht nur der Stunde, sondern des Lebens überhaupt. Ihre geistige Richtung ist erkennbar in den Grundbedingungen, die der Parteitag für ihre Koalitionsbereitschaft aufstellte: Freiheit und Achtung vor dem christlichen Gewissen, das als Bollwerk und Grundlage des Lebens der Nation anzusehen ist. Wiederaufbau der Welt Herrschaft unter Bekämpfung jedweder plutokratischer Auswüchse. Gleichstellung der von den Meritalen gestützten gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen mit den übrigen gleichartigen Verbänden. Wiederherstellung der Autorität und Funktionsmöglichkeit des Staates. Eine auswärtige Politik, die geeignet ist zur Schaffung internationaler Beziehungen und getragen wird vom Geiste der Gerechtigkeit und der Solidarität gegenüber allen Nationen. In diesen Zusammenhang sind dann einzustellen die Versuche Don Sturzos zur Bildung einer weißen Internationale, denen zwar scheinbar wenig Aussicht auf Erfolg beschieden ist, die aber trotzdem höchstwahrscheinlich um so energischer betrieben werden als der Vatikan anscheinend mit aller Vorsicht, die so großem Wert gebührt, darauf aus ist, die Schaffung einer internationalen Solidarität zur definitiven Neuregelung seiner Stellung Frankreich und Italien gegenüber zu benutzen. Da — in katholischen Ländern wenigstens — die Kirche anscheinend die einzige Macht ist, die, indem sie wieder eine aktive Führerrolle übernimmt, imstande ist, dem öffentlichen Leben neue Ideale zu weisen und vor allem Bürgertum und Sozialismus zu versöhnen, so ist nicht abzusehen, wie sich die Regierungen auf die Dauer dieser Führerrolle entziehen wollen, die ihnen die immer schwieriger werdende Aufgabe des Regierens unendlich erleichtern würde. Wie aber Deutschland sich zu diesem Problem gegenüber verhalten könnte und müßte, das ist zunächst eine Frage seiner inneren Politik.

Menenius